



Grab des Krasniqi-Clans in Crni Luk: Von den eigenen Landsleuten hingerichtet

KOSOVO

Grausamste Säuberungen

Die Uno-Polizei geht verschärft gegen albanische Kriegsverbrecher vor. Weil diese Männer für viele noch immer Helden sind, drohen Unruhen.

Es ist eine merkwürdige Grabstätte, die inmitten der großen Wiese im Dorf Crni Luk liegt. Die vier Grabsteine tragen keine Namen, und die Einwohner des 3000-Seelen-Dorfes reagieren misstrauisch bei Fragen nach den Toten. „Hier haben wir die verkohlten Überreste des Krasniqi-Clans begraben“, sagt ein junger Albaner und fügt sofort mit abwehrender Geste an: „Aber mehr weiß ich nicht.“

Die 24 Albaner, darunter 13 Kinder, wurden erschossen, ihre Häuser niedergebrannt. Doch die Opfer sind nicht auf dem Heldenfriedhof am Ortsende begraben, wo unter einem Meer albanischer Flaggen die im Kampf gegen die Serben gefallenen Dorfbewohner ruhen. Denn die Krasniqis wurden vermutlich von den eigenen Landsleuten hingerichtet, geheimen Zeugenaussagen zufolge sogar erst nach dem Einzug der internationalen Friedenstruppe Kfor in die jugoslawische Provinz Kosovo.

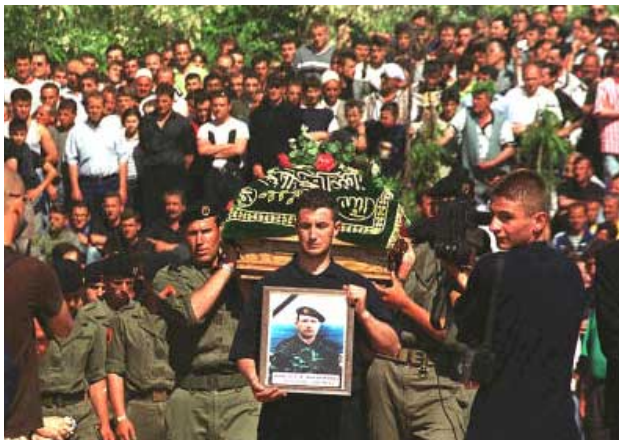
Die vier Brüder galten als „Loyalisten gegenüber dem serbischen Regime“ und arbeiteten in serbischen Betrieben, einer von ihnen sogar als Journalist bei der serbischsprachigen Zeitung „Jedinstvo“. Unter dem Milošević-Regime genossen sie Privilegien, danach war dies ihr Todesurteil.

Der Mord an der Familie könnte, wie andere albanische Verbre-

chen auch, bald gesühnt werden. Seit die Vereinten Nationen das Kosovo im Juli 1999 zu ihrem Protektorat gemacht haben, waren sie gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher aus den Reihen der Kosovo-Albaner nur mit Samthandschuhen vorgegangen. Doch jetzt, mehr als drei Jahre nach dem Nato-Einmarsch, traut sich die internationale Gemeinschaft endlich auch an die Verbündeten von damals heran. Ihre Ermittler verhafteten sogar Führer der ehemaligen Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) unter Mordverdacht.

„Jeder im Kosovo weiß es, doch keiner wagt darüber zu sprechen“, sagt der einstige Premier der Exil-Kosovaren und heutige Vorsitzende der „Neuen Partei Kosovo“ Bujar Bukoshi: „Nach dem Krieg fanden grausamste Säuberungen unter den Albanern statt. Unter dem Vorwand, es handele sich um ‚serbische Kollaborateure‘, liquidierten Führer der UÇK ihre politischen Gegner, wurden alte Blutfehden bereinigt und albanische Zivilisten von Albanern hingerichtet.“

Die Zahl der Opfer wird auf mehr als 1000 geschätzt. Die Täter oder Anstifter sind meist ehemalige hohe UÇK-Führer – nach dem Krieg wurden sie fast ausnahmslos ins zivile Kosovo-Schutzkorps TMK integriert, der UÇK-Nachfolgeorganisation.



Beerdigung von Ex-Kommandeur Drini: „Knarre im Nacken“



Ex-UÇK-Führer Thaçi, Çeku
„Alte Blutfehden bereinigt“

So sollen ein ehemaliger UÇK-Kommandeur und zwei seiner Mitkämpfer laut Anklage einen Killer angeheuert haben, um den früheren UÇK-Kommandeur Ekrem Rexha, genannt „Drini“, zu töten. Der gemäßigte Albaner hatte die Veröffentlichung eines Buches über Kriegsverbrechen angekündigt, auch jene der UÇK. Wenige Stunden nach Drinis Tod besuchten UÇK-Abgesandte die Witwe, um den „Computer mit den Buchaufzeichnungen“ zu holen. Doch die für Nachkriegsverbrechen zuständige internationale Polizei war schneller.

Auf ihren Prozess warten seit kurzem zwei einst legendäre UÇK-Kommandeure: Sami Lushtaki und Rustem Mustafa („Remi“). Letzterem wird vorgeworfen, gemeinsam mit drei weiteren UÇK-Offizieren in privaten Folterlagern während und nach dem Krieg albanische Frauen vergewaltigt und mindestens fünf Zivilisten getötet zu haben.

Daut Haradinaj, berüchtigter Bruder des ehemaligen UÇK-Kommandeurs Ramush Haradinaj (inzwischen Chef der drittstärksten Partei „Allianz für die Zukunft Kosovos“), ist gemeinsam mit fünf anderen Angehörigen des Kosovo-Schutzkorps wegen der Ermordung von vier Mitgliedern der liberalen Partei LDK des Kosovo-Präsidenten Rugova angeklagt.

Nachdem sie bei Dragaš einen einflussreichen UÇK-Kommandeur verhaftet hatte, stellte die Polizei fest, dass damit in der Region auch die Bombenattentate aufhörten.

Kürzlich wurde ein weiterer hoher UÇK-Mann aus Prizren dem

Hafttrichter vorgeführt. Ihm werden nicht nur kriminelle Machenschaften vorgeworfen, er war auch Spitzenagent des albanischen Geheimdienstes. Die Festplatte seines Computers ist mittlerweile für die Ermittler eine Fundgrube mit Hinweisen auf Kriegsverbrechen, Erpressungen und albanische Geheimdienstpläne geworden.

„Wir arbeiten uns langsam vor“, sagt der Deutsche Christian Lindmeier, ein Sprecher der Uno-Verwaltung im Kosovo (Unmik). Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat auch das Haager Tribunal in Priština ein Büro eröffnet. Gerüchte, wonach neben serbischen Kriegsverbrechern auch die drei ehemaligen UÇK-Führer und mittlerweile einflussreichen Politiker Hashim Thaçi, Agim Çeku und Ramush Haradinaj auf der Liste der Haager Ermittler stehen, werden von den Sprechern des Tribunals weder bestätigt noch dementiert. Gegen einige Kosovo-Albaner, so die Haager Staatsanwältin Carla Del Ponte, werde jedenfalls noch vor Jahresende Anklage erhoben.

Thaçi wurde kurz vor Kriegsende von einem serbischen Gericht in Priština in Abwesenheit zu zehn Jahren Haft verurteilt. Belgrad überreichte der Haager Chefanklägerin eine Diskette mit 27 000 Seiten über angebliche Kriegsverbrechen des UÇK-Spitzen-Trios. Die Auslieferung eines Ex-UÇK-Führers wäre vielen Serben willkommen Anlass, die serbischen Kriegsverbrechen im Kosovo als Verteidigung von Vaterland und Volk zu kaschieren.

Wir wissen viel, sagt Unmik-Sprecher Lindmeier, „doch unser Problem sind die Zeugen. Denen sitzt die Knarre im Nacken. Viele widerrufen ihre ursprünglichen Aussagen angesichts der Drohungen ihrer einstigen UÇK-Kampfgefährten“.

Bewacht wird die gefallene Heldenelite von zwei Dutzend aus Deutschland eingeflogenen Gefängniswärtern. Albanischen Aufsehern war mit Mord gedroht worden, falls sie eine Befreiungsaktion verhindern würden.

Für viele Albaner sind die einsitzenden UÇK-Fürsten noch immer Kriegshelden. Jeden Freitag legen Demonstranten vor dem Gefängnis in Priština Blumen nieder. Die Unmik beschuldigen sie, „Milošević-Tendenzen“ zu entwickeln. Der Vorsitzende der Journalistenföderation, Milain Zeka, forderte seine Kollegen sogar auf, gegen die „Polizeidiktatur“ von Unmik-Chef Michael Steiner zu kämpfen. Der Deutsche beleidigte eine ganze Generation von Albanern.

Doch Steiner will sich nicht von weiteren Verhaftungen oder gar einer Auslieferung von Albanern an das Haager Tribunal abhalten lassen, auch wenn im Kosovo schon von einer albanischen Großrevolte geraunt wird. Er werde jeden Haftbefehl des Haager Tribunals vollstrecken: „Während meines Mandats werden wir uns im Kosovo an Recht und Ordnung halten.“

RENATE FLOTTAU



Islamisten-Demonstration gegen Frauenrechte in Casablanca (2000): Gefahr eines Bürgerkriegs

MAROKKO

Angst vor den Bärtigen

Bei den Parlamentswahlen dürfen die Islamisten mit einem erheblichen Stimmenzuwachs rechnen.

Ihr Vormarsch bedroht den Reformkurs des Königreichs.

In der Altstadt von Fes, mitten im bunten Gewirr der Marktstände und Handwerkerverschläge, sitzt ein kleiner Junge von Fliegenschwärmen bedrängt auf dem Steinboden einer Gerberei. Mit bloßen Armen taucht er Ziegenfelle in einen Wassertrog, der mit ätzendem Taubendreck versetzt ist. Ein junger Bursche, dessen Haare vom Staub weiß gefärbt sind, bpinselt die Häute mit einer hellblauen Chlorlösung.

In den höhlenartigen Gängen voller Unrat liegen achtlos zerfetzte Zettel, die eine aufgemalte rote Rose zierte. Von den in beißendem Gestank schuftenden Arbeitern kann keiner lesen, die Wahlpropaganda der Union der sozialistischen Volkskräfte des Regierungschefs Abd al-Rahman Jus-

sufi interessiert hier niemanden. Aber beim Ruf des Muezzin verneigen sich die Gerber gen Mekka.

Sie alle sind am kommenden Freitag zur Wahlurne gerufen. Im Königreich Marokko werden die 325 Parlamentsabgeordneten neu gewählt. 14 der 30 Millionen Marokkaner haben sich in die Wahlregister eintragen lassen, fast die Hälfte davon sind Frauen. Erstmals könnten die Bürger ein realistisches Bild von der politischen Meinung in ihrem Land erhalten, denn König Mohammed VI., der seinen mit absolutistischer Machtfülle herrschenden Vater nach dessen Tod vor drei Jahren ablöste, hat saubere Wahlen versprochen.

Für das nordafrikanische Land islamischer Prägung, das – ungewöhnlich für die

arabische Welt – den Versuch echter Demokratie wagt, ist dies eine Zeitenwende. Es sei „der Anfang des politischen Lebens in Marokko“, so der greise Ministerpräsident Jusufi, 78. Jetzt soll der Übergang vom Feudalsystem zu einer konstitutionellen Monarchie besiegelt werden.

Noch vor fünf Jahren wurden Kandidaten direkt gewählt. Die farbigen Zettel boten Gelegenheit zu massivem



Touristenziel Marrakesch: „Anfang des politischen Lebens“

SCHAPOWALOW / ATLANTIDE